

Untere Ernährungslage.

In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung hielt bei Beratung der verschiedenen landwirtschaftlichen Anträge der Reichsernährungsminister Schmidt ein ausführliches Referat über die Ernährungslage, das im ganzen eine gewisse Besserung und eine leichte Erhöhung der Rationierung im Aussicht stellt, wobei von einem Ueberfluß natürlich nicht die Rede sein könne. Im einzelnen führte der Minister aus: Die außerordentliche Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitern für die Landwirtschaft ist der Regierung natürlich bekannt, und zumal der Osten macht uns große Sorgen. Einen Zwang auf die städtischen Arbeiter auszuüben, denken wir nicht, dagegen hat die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um den Anreiz für die Arbeiter, aufs Land zu gehen, zu steigern. Unter den neuen Verhältnissen werden Landarbeiter sich vielfach besser stellen, als manche städtischen Arbeiter. Die Schaffung künstlichen Düngers ist durch die Kohlenstreiks leider sehr erschwert worden. Wir hätten in diesem Jahre alle Ansprüche der Landwirtschaft erfüllen können, und die Produktion wäre sehr gut geworden, wenn nicht durch die Streiks so große Schwierigkeiten entstanden wären. Neben der Kohlenproduktion ist die von Kali sehr mangelhaft gewesen. Wenn gefordert wird, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein richtiges Verhältnis zu den Produktionskosten zu bringen, so kann ich hier kein Zugeständnis machen, wenn darunter eine große Erhöhung der gegenwärtigen Preise verstanden wird. Andererseits ist auch ein weilen an eine Herabsetzung der Preise absolut nicht zu denken. Den Abbau der Zwangswirtschaft können wir zurzeit noch nicht ins Auge fassen. Es ist unvermeidlich, eine Reihe von Produkten, die die Grundlage der Volksernährung bilden, weiter zwangsweise zu bewirtschaften. Wir haben den Versuch gemacht, den Eierhandel freizugeben. Ich glaube nicht, daß daraus für die Konsumenten Vorteile erwachsen werden. Leider haben wir noch immer gegen den Widerstand einzelner kleinerer Landwirte zu kämpfen. Es gibt kleine Gemeinden, die der Regierung nicht ein Gramm Butter oder einen Tropfen Milch liefern, sondern alles in den Schleichhandel bringen. Für die Versorgung mit den Nahrungsmitteln, die wir aus Rotterdam erhalten, kommen vor allem die Rheinlande, dann Berlin und Oberschlesien in Betracht. Unser Geld will man im Auslande nicht haben, sondern nur unsere Fabrikate. Im Dortmunder Bezirk ist ein neuer Streik ausgebrochen, aber wenn die Bergarbeiter streiken, nehmen sie sich selbst das Brot vom Munde weg. Es kann keine Rede davon sein, daß im Dortmunder Bezirk, solange gestreikt wird, eine Belieferung aus den amerikanischen Vorräten stattfindet. Nach dem Brüsseler Abkommen dürfen wir Leuten, die ohne zwingenden Grund die Arbeit niederlegen, keine Lebensmittel geben. Diese Bedingung muß strikte innegehalten werden. Dem Brüsseler Abkommen zufolge kann also nach Dortmund nichts geliefert werden. Ich richte darum einen dringenden Appell an die Bergarbeiter, keinen überflüssigen Streik zu beginnen.

Nach dem Reichsernährungsminister spricht der preussische Landwirtschaftsminister Braun. Er wendet sich gegen den Vorwurf, der ihm von den Antragstellern der Rechten gemacht wurde, daß er es unterlassen hätte, der Landwirtschaft einen besonderen Dank auszusprechen. Dazu, Dank und Lob zu erteilen, meint der Minister, sei er nicht da. Nicht durch Worte, sondern durch Taten wolle er der Landwirtschaft helfen. Der Landwirtschaftsminister sprach über die schwierige Lage der Landwirtschaft in bezug auf die Düngemittelversorgung. Auch hier läge die Hauptschwierigkeit im Transport. Es wurde vom Eisenbahnminister eine Verfügung erlassen, wonach Düngemittel unmittelbar nach den Lebensmitteln abtransportiert werden sollen. Der Minister spricht zum Schluß die Erwartung aus, daß das Haus die Denkschrift über die Besiedlungsfrage in kürzester Frist erledige.

Die Debatte über die Landwirtschaftsanträge wird hierauf trotz lebhaftesten Widerspruchs der Unabhängigen von der Mehrheit des Hauses beschlossen.